



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Charta der Vielfalt e. V.**

Unsere Gesellschaft ist in vielerlei Hinsichten im Wandel und von einer zunehmenden Vielfalt geprägt.

- 1. Was wird Ihre Partei konkret tun, um diese Vielfalt in der Arbeitswelt möglichst ganzheitlich zu fördern und zu unterstützen?**

Diversity Management in Unternehmen und Institutionen hat das Ziel, die Chancengleichheit aller Beschäftigten – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität – zu verbessern und eine produktive Gesamtatmosphäre zu erreichen.

- 2. Welche Vorschläge Ihrer Partei dienen dazu, Unternehmen und Institutionen gezielt dabei zu unterstützen?**

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Wir begreifen Vielfalt als Chance und Erfolgsfaktor für Deutschland. Deshalb werden wir die Charta der Vielfalt sowie den „Diversity“-Gedanken in der Wirtschaft und gemeinsam mit der Wirtschaft weiter stärken. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung.

Nach Überzeugung von CDU und CSU sind die Leistungs- und Qualitätsstandards im öffentlichen Dienst sehr hoch und durch gute Aus- und Fortbildung gesichert. In einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft mit einer leistungsfähigen Verwaltung ist es unverzichtbar, dass sich alle Gruppen angemessen in unserem Staat wiederfinden, damit sie das Handeln staatlicher Institutionen akzeptieren, sie diesen Institutionen vertrauen und sie sich im Sinne eines starken gesellschaftlichen Zusammenhalts mit ihrem Gemeinwesen verbunden fühlen. Daher ist es Ziel von CDU und CSU, auch den Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Bundesverwaltung zu erhöhen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat hierzu für die Erfassung des Anteils von Migranten im öffentlichen Dienst den Grundstein gelegt: Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung veröffentlichte im Februar 2016 den Ergebnisbericht über eine ent-

sprechende Datenerhebung. Darüber hinaus haben sich unionsgeführte Ministerien durch vielfältige Maßnahmen für die interkulturelle Öffnung der Bundesverwaltungen eingesetzt. So hat zum Beispiel das Bundesministerium des Innern bereits im Jahr 2010 die Charta der Vielfalt unterzeichnet, mit der es sich dazu verpflichtet, ein Arbeitsumfeld frei von Vorurteilen und geprägt durch Wertschätzung und Vielfalt zu gestalten. Wir begrüßen – neben der Charta der Vielfalt – die weiteren zahlreichen Initiativen der Wirtschaft und fördern weiterhin ein bewusstes Umdenken bei den Personalverantwortlichen.

Zudem wollen wir mehr Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung. Mit der Einführung der Frauenquote in Aufsichtsräten haben wir erste Erfolge erzielt, wissen aber auch, dass weitere Anstrengungen notwendig sind. Wir wollen im öffentlichen Dienst bis spätestens 2025 eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen verwirklichen.

Der Wettbewerb um Fachkräfte spielt sich heutzutage nicht mehr nur auf den regionalen und lokalen Arbeitsmärkten ab, in denen sich die jeweiligen Verwaltungen befinden. Wirtschaftsstandorte befinden sich insgesamt national aber auch global in einem zunehmenden Wettbewerbsverhältnis, bei dem letztlich die am Standort gelebte Kultur ausschlaggebend ist. Gleichzeitig müssen arbeitsmarktpolitische Voraussetzungen geschaffen werden, um Vielfalt zu ermöglichen.

3. Welche Vorschläge Ihrer Partei dienen dazu, Vielfalt als Standortfaktor für Deutschland zu fördern und auszubauen?

Antwort

Unser Land braucht geeignete und qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl. Den Fachkräftezugang nach Deutschland haben wir in den vergangenen Jahren bereits erheblich verbessert und vereinfacht. Dieser Bedarf wird in den nächsten Jahren weiter steigen – aufgrund unserer guten wirtschaftlichen Entwicklung und wegen der rückläufigen Zahl junger Menschen, die neu ins Erwerbsleben eintreten. Ausreichende Fachkräfte, die dem Arbeitsmarkt in den verschiedenen Bereichen zur Verfügung stehen, ziehen ihrerseits die Schaffung weiterer Arbeitsplätze nach sich.

Deshalb braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und – wo nötig – effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration.

- 4. Wird Ihre Partei künftig mehr Mittel für Initiativen zur Förderung von Diversity bereitstellen? Wenn ja, für welche?**
- 5. Welche Vorschläge Ihrer Partei sind dazu geeignet, um Chancengleichheit und Diversity in allen Lebensbereichen zu fördern/herzustellen?**
- 6. Wie setzt Ihre Partei Diversity Management konkret um?**

Die Fragen 4, 5 und 6 werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:

CDU und CSU setzen sich für Gleichbehandlung ein und wenden sich gegen jede Form der Diskriminierung. Der Gleichstellungspolitik von CDU und CSU liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Es ist festzustellen, dass in der Bundesverwaltung mittlerweile beispielsweise mit 54 Prozent mehr Frauen als Männer beschäftigt sind. Das Ziel der CDU und CSU ist weiterhin eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Weitere Einschränkungen der Autonomie und zusätzliche bürokratische Belastungen lehnen wir indes ab.